

## Im Gespräch: Gerhard Zeihsel

### Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Anlässlich der aktuellen Koalitionsverhandlungen befragte der ECKART Gerhard Zeihsel, LAbg. a.D., zu seiner Einschätzung der aktuellen Vertriebenendiskussion in Österreich und zu seinen Erwartungen an die neue Bundesregierung.

#### **DE: Wo steht im Moment die österreichische Vertriebenenpolitik?**

GZ: Es gibt einen Stillstand in unserer Frage – alles wartet auf eine neue Regierung.

#### **DE: Woran liegt das?**

GZ: Die letzte große Koalition konnte innerösterreichische Fragen nicht lösen – sie dachte gar nicht an die Sudetendeutsche Frage! Die Frau Außenminister Plassnik interessiert diese Frage nicht – die österreichische Botschafterin in Prag, Klestil-Löffler, hat es noch nicht geschafft, dem Sudetendeutschen Büro in Prag einen Besuch abzustatten. Die Augen waren nur auf die EU gerichtet und man war äußerst darauf bedacht, nicht durch solche Forderungen und Ansinnen „negativ aufzufallen“. Und: Wirtschaftsinteressen Österreichs im Osten sollten ja auch nicht gefährdet werden.

#### **DE: Und was machen die Tschechen und Slowaken in dieser Frage?**

GZ: Das Parlament in Prag hatte schon 2002 – also vor der Aufnahme in die EU – die Beneš-Dekrete einstimmig neu beschlossen und trotzdem wurde das Land aufgenommen. Das Gefälligkeitsgutachten von Frowein bildete das Schild. In Preßburg herrschte diesbezüglich Ruhe, da die ungarischen Koalitionsparteien mitregierten und eine Stillhaltevereinbarung (über die Beneš-Dekrete) mit ihren slowakischen Regierungspartnern bestand. Man hatte damit andere Vorteile für die ungarische Minderheit eingehandelt. Jetzt sind sie in Opposition und begannen von der nationalistischen slowakischen Regierung die Aufhebung der Beneš-Dekrete zu fordern. Fico reagierte mit der Retourkutsche:

Im Parlament wurden 2007 die Beneš-Dekrete für unantastbar erklärt. Von Brüssel habe ich keine kritische Reaktion dazu erwartet, dort erklärt man sich für die Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen unzuständig. Dort beschäftigt man sich lieber mit Vorschriften über die Gurkenkrümmung etc.

#### **DE: Prag ist der Meinung, daß die Frage der Vertreibung der Sudetendeutschen eigentlich gelöst ist? Was halten Sie davon?**

GZ: Wir von der SLÖ teilten diese Auffassung nicht und bemühten uns sehr, daß eine Lösung dieser Völkermordfrage vor der Aufnahme der Tschechen und Slowaken in die EU erfolgt. Diese von Beschwichtigungshofräten in Aussicht gestellte leichtere „Lösung in gleicher Augenhöhe“ hat sich ja als vollkommener Flop erwiesen!

#### **DE: 2008 ist für die Sudetendeutschen ein Gedenkjahr. Man gedenkt des Münchner Abkommens. Wie beurteilen Sie dieses Abkommen?**

GZ: Vor 70 Jahren wurde den 3,5 Millionen deutschen Altösterreichern in Böhmen, Mähren und Österr.-Schlesien nach dem Zusammenbruch der Monarchie das von Wilson versprochene Selbstbestimmungsrecht verweigert. Es folgten 19 Jahre Tschechisierungspolitik in den mehrheitlich deutsch besiedelten Randgebieten der ČSR, über eine halbe Million Tschechen wurden als Beamte, Staatsangestellte und Bauern auf Deutschen enteignetem Boden („Bodenreform“), angesiedelt. Auch trotz der in St. Germain versprochenen Autonomieregelung („Überschweiz“) wurde noch nach dem großen Wahlsieg 1935 die Sudetendeutsche Partei unter Konrad Henlein, als stimmenstärkste Partei der ČSR, weder in die Regierung aufgenommen noch die Autonomie gewährt. Damit hatte Beneš den Weg für Hitler freigemacht, sich zum Retter der bedrohten deutschen Volksgruppe zu erklären. Die Siegermächte von 1918 in St. Germain, Frankreich, Großbritannien und

Italien, sollten ihm in München das zugestehen, was sie 1919 Dr. Renner und dem demokratischen Deutsch-Österreich verweigert hatten!

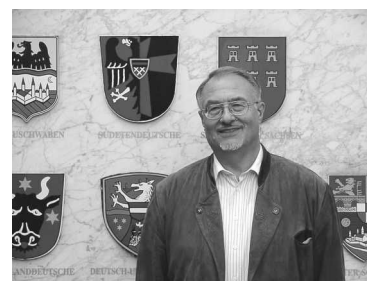
#### **DE: Das offizielle Österreich schweigt aber dazu. haben Sie dafür eine Erklärung?**

GZ: Erklären kann ich es mir nicht, da wir ja bis 1918 im gleichen Land zusammen lebten. Aber es ist halt schon länger zu beobachten, daß man für andere Opfergruppen ein viel größeres Verständnis aufbringt.

#### **DE: Wie definieren Sie die Forderungen der Sudetendeutschen im Jahr 2008?**

GZ: Es gibt überhaupt keinen Grund, auf der Aufhebung der die Sudetendeutschen und Madjaren betreffenden ein Dutzend (von 145!) rassistischen, menschenrechtswidrigen und kollektiv erlassenen Beneš-Dekrete und des Straffreistellungsgesetzes von 1946, nicht zu bestehen.

Wir erhoffen uns eine Bundesregierung, die sich nicht aus ihrer historischen Verpflichtung stiehlt, sondern sich für diese deutschen Altösterreicher und deren Nachkommen einsetzt.



Gerhard Zeihsel, LAbg. a.D.

Das Gespräch führte Dr. Peter Wassertheurer.

#### **Hinweis:**

Die Geschäftsstelle der ÖLM ist vom 24.12.2008 bis 6.01.2009 geschlossen.